

Bundeswehr oder Zivildienst?

Politische Orientierungen und Präferenzen Heranwachsender in den alten und neuen Bundesländern Ende 1992

Heinz-Ulrich Kohr¹

1 Einleitung und Fragestellung

Zentrale Fragestellung der hier vorliegenden spezifischen Auswertung der Befragungsergebnisse einer umfangreichen Untersuchung von sozio-politischen Orientierungen und Einstellungen zu Sicherheit, Bundeswehr und Sicherheitspolitik ist der Zusammenhang zwischen genereller politischer Orientierung der Heranwachsenden und ihren Einstellungen zu Bundeswehr und Wehrdienst. Aktuelle empirische Untersuchungen hierzu liegen meines Wissens nicht vor².

Speziell geht es darum, ob Bundeswehr und Wehrdienst primär für politisch "rechts" stehende Jugendliche akzeptabel bzw. attraktiv sind (weniger jedoch der Zivildienst), während "links" stehende Jugendliche den Zivildienst attraktiver finden bzw. präferieren (und zur Ablehnung des Wehrdienstes tendieren). Da in der Bundesrepublik über das Recht zur "Kriegsdienstverweigerung", wie es der Gesetzgeber nennt, - zwar nicht intendiert, aber faktisch - die Möglichkeit zur quasi wahlförmigen Entscheidung zwischen Wehr- und Ersatzdienst besteht, ist bei Bestätigung des in der Frage ausgedrückten, vermuteten Zusammenhangs zwischen politischer Orientierung und der Entscheidung für bzw. gegen den Wehr- bzw. Zivildienst damit zu rechnen, daß diejenigen Wehrpflichtigen, die den Wehrdienst "wählen" und antreten, politisch erheblich weiter "rechts" als der Durchschnitt der jungen Männer stehen dürften. Politisch besonders brisant ist ferner die Frage, ob die jungen Männer, die sich eventuell demnächst als Freiwillige verpflichten möchten, hinsichtlich ihrer sozialen und politischen Orientierungen dem entsprechen, was unter den Kriterien unserer demokratischen Gesellschaft als "Staatsbürger in Uniform" seit dem Bestehen der Bundeswehr gefordert und im Konzept der Inneren Führung ausgedrückt wurde.

Wenn man seiner eigenen Wahrnehmungsfähigkeit folgt und sich an die erschreckenden Ereignisse der letzten beiden Jahre erinnert, dann gibt es keinen Zweifel daran, daß der Rechtsextremismus - vor allem sichtbar in der Form der Ausländerfeindlichkeit - in Deutschland zu einer konkreten Gefahr geworden ist. Besonders deutlich zeigt sich zur Zeit der Extremismus als Randalen Jugendlicher in den Straßen Ostdeutschlands. Man darf sich jedoch nicht darüber täuschen, daß

¹ Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (SOWI), 15344 Strausberg, Prötzeler Chaussee.; gekürzte Fassung des im SOWI-Arbeitspapier Nr. 77 publizierten Artikels "Rechts zur Bundeswehr, links zum Zivildienst?", März 1993

² Die Arbeit von Gessenharter, Fröchling und Krupp (1978), "Rechtsextremismus als normativ-praktisches Forschungsproblem. Eine empirische Analyse der Einstellungen von studierenden Offizieren der Hochschule der Bundeswehr Hamburg sowie von militärischen und zivilen Vergleichsgruppen" hat leider bislang nicht zu ähnlichen Untersuchungen, an denen insbesondere zur Zeit gewiß ein Bedarf besteht, geführt.

Rechtsextremismus latent seit langem - wahrscheinlich seit der Gründung der Bundesrepublik und der DDR³ - vorhanden war. Die Unzufriedenheit Jugendlicher mit Politik und Politikern, ihre Enttäuschung und Wut über deren Verhalten, ist ein guter Nährboden für rechtsextremistisches Protestverhalten und für die Bereitschaft zur Übernahme von rechter Ideologie.

Wenn ökonomische - und in der Folge auch soziale - Spannungen hinzukommen, entsteht ein sehr gefährliches Potential, das sich in Gruppen, wie sie beispielsweise die Skins repräsentieren, rasch und grausam effektiv in Handlung umsetzen läßt.

Für die Bundeswehr, wie für jede andere Armee, ist die Gruppe, die Kameradschaft, die "kleine Kampfgemeinschaft" (vgl. Lippert 1985) besonders bedeutsam; die Werte und Tugenden, die vor allem in Elite- und Kampfeinheiten hochgehalten werden (vgl. Braun 1985), haben einiges gemeinsam mit jenen, die rechte Jugendliche schätzen und vertreten. Es besteht also die Gefahr, daß die Bundeswehr gerade für jene jungen Männer als Freiwillige attraktiv wird, die gesellschaftlich zu den "Modernitätsverlierern" zählen. Werden die künftigen Wehrpflichtigen, vor allem aber die Freiwilligen, nicht demokratisch und flexibel, sondern vielmehr rechts, autoritär und nationalistisch sein? Das gesellschaftliche Klima sowie die vorliegenden Beobachtungen (vgl. auch jüngste Berichte des Verfassungsschutzes) weisen auf mögliche Entwicklungen dieser Art hin.

Keine sozialwissenschaftliche Untersuchung kann - das sei vorab klargestellt - auf Fragen solcher Tragweite eine eindeutige Antwort geben. Sie kann aber dazu beitragen, daß der Blick auf anstehende Probleme durch Beschreibung und Analyse gerichtet und geschärft wird. Das erforderliche konkrete Handeln ist Sache der Politiker, die Feststellung der sozialen und politischen Lage sowie die Herausarbeitung möglicher Ursachen für die Probleme liegen dagegen im Bereich der Kompetenz der Sozialwissenschaftler. In diesem Sinne soll die vorliegende Untersuchung empirische Befunde zum skizzierten Problembereich liefern und die Verantwortlichen für die anstehenden Probleme sensibilisieren.

2 Methode und Durchführung der Befragung

Die Befragung fand im November 1992 durch den Interviewerstab des Instituts für Jugendforschung (IJF) im Auftrag des SOWI/BMVg statt. Die durchschnittliche Befragungsdauer betrug 45 Minuten. Laut Feldbericht der Interviewer (junge, auf die Befragung von Jugendlichen spezialisierte Interviewer) wurde die Befragung als interessant erlebt; Verständnisprobleme bezüglich der Fragen traten äußerst selten auf.

³ Siehe dazu "Rechtsradikale Erscheinungen in der DDR, ihre Ursachen und Konsequenzen", in Informationen. Anregungen für die Arbeit in der Truppe, Nr. 2/90, herausgegeben vom Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR. Auf Seite 2 heißt es in dieser Publikation: "Mindestens seit 1981 verfestigen sich zunehmend bei Gruppierungen junger Menschen, beginnend im gewalttätigen Fußballanhang und Teilen der Punkbewegung, Elemente rechtsradikaler, neofaschistischer Haltungen. Aus ihnen rekrutieren sich solche Skinheads, die mit nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Parolen auftreten und aus diesen Motiven Straftaten begehen"

Die folgende Zusammenstellung von Ergebnissen bezieht sich auf die Daten dieser in den alten und neuen Bundesländern durchgeführten Repräsentativ-Befragung (Quotenstichprobe) von insgesamt 833 Heranwachsenden (siehe Tabelle 1)⁴.

Tabelle 1: Verteilung der Befragten 16-18jährigen nach Geschlecht und Wohnort (ABL = alte, NBL = neue Bundesländer)

	männlich	weiblich	Gesamt
ABL - "West"	218	214	432
NBL - "Ost"	199	202	401
Gesamt	417	416	833

Die standardisierte Befragung wurde durch zwei im Dezember 1992 durchgeführte Gruppendiskussionen mit Schülerinnen und Schülern (Gymnasium) bzw. jungen Rechtsextremisten (Hauptschulabschluß; berufstätig bzw. in Berufsausbildung) ergänzt. Eine eingehendere Analyse dieser qualitativen Daten ist in Vorbereitung⁵.

3 Zur Operationalisierung von "politischer Orientierung"

Die Ergebnisse von Jugendstudien aus der letzten Zeit zeigen klar⁶, daß die Distanz Jugendlicher zur Politik drastisch zugenommen hat (und weiter zuzunehmen scheint). Ausdruck dafür ist vor allem das Faktum, daß inzwischen mehr als ein Drittel der Jugendlichen auf die Frage nach der Parteipräferenz (sog. "Sonntagsfrage") keine der im Bundestag vertretenen Parteien angibt; aber auch außerparlamentarische Gruppen erscheinen insgesamt wenig attraktiv. Zur größten Gruppe ist inzwischen die der Nichtwähler geworden. Die Begründung hierfür besteht in erster Linie darin, daß viele Jugendliche sich durch politische Parteien nicht mehr vertreten, nicht mehr angesprochen, ja sogar abgestoßen fühlen.

⁴ Dateneingang: 22. Dezember 1992

⁵ Erscheint voraussichtlich im Mai 1993 als SOWI-Arbeitspapier unter dem Titel "Die Bundeswehr im rechten Blick. Perspektiven und Argumente junger Rechtsaffiner zu Militär und Sicherheitspolitik" (Autor: Heinz-Ulrich Kohr).

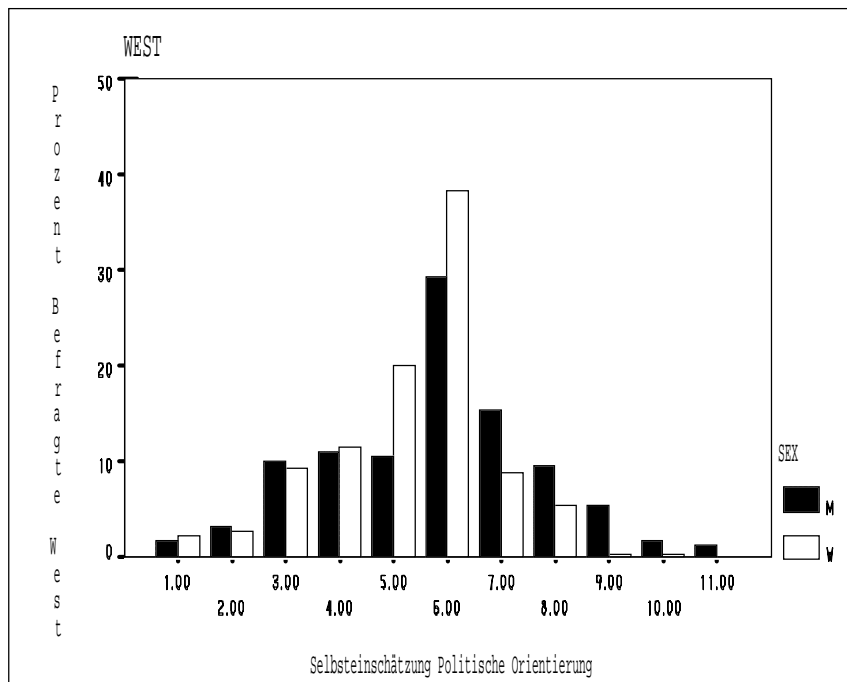
⁶ Vgl. z.B. Arthur Fischer, "Politik und jugendliche Lebenswelt"; Wolfgang Kühnel, "Orientierungen im politischen Handlungsraum" im Band 2 der Shell Jugendstudie '92; IBM Jugendstudie '92.

In dieser Situation ist die Frage nach der Parteipräferenz zur Abbildung der politischen Orientierung von Jugendlichen wenig geeignet⁷. Hinzu kommt, daß es sich in der vorliegenden Untersuchung um 16-18jährige handelt, für die die Wahl nur zum Teil eine realistische Perspektive repräsentiert.

Aufgrund dieser Überlegungen wurde für die Erfassung der politischen Orientierung eine Skala gewählt, die von "eher links" (=1) über "mitte" (=6) bis "eher rechts" (=11) reicht, also eine differenzierte Abstufung der Selbsteinschätzung ermöglicht.

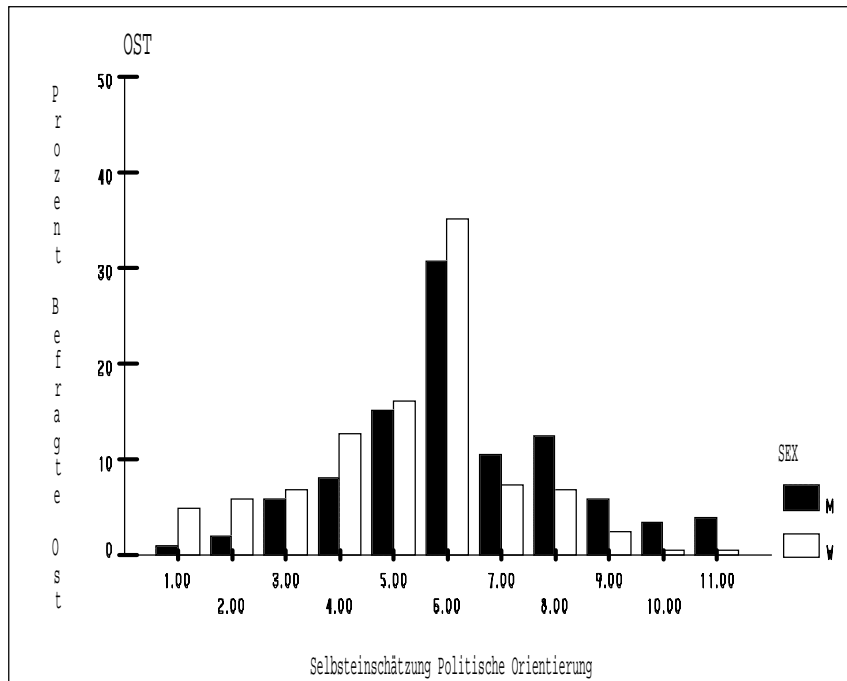
Die Abbildungen 2a und 2b zeigen die Verteilungen dieser Selbsteinschätzungen für männliche bzw. weibliche Jugendliche aus den alten bzw. neuen Bundesländern.

Abbildung 2a: Selbsteinschätzung der politischen Orientierung durch 16-18jährige in den alten Bundesländern Ende 1992



⁷ Vgl. dazu auch Bernhard Fleckenstein und Hans-Georg Räder (1993), S. 12

.Abbildung 2 b: Selbsteinschätzung der politischen Orientierung durch 16-18jährige in den neuen Bundesländern Ende 1992



Aus den Darstellungen der beiden Verteilungen läßt sich folgendes deutlich ersehen:

- die Verteilung der politischen Orientierung ist geschlechtsspezifisch signifikant unterschiedlich (t-Test: $p < .001$; Mittelwert Mädchen 5.3, Mittelwert Jungen 6.0). Extreme Einschätzungen auf der linken Seite der Verteilung sind häufiger bei Mädchen, auf der rechten Seite häufiger bei Jungen (vgl. Punktwerte 1 und 2 bzw. 9, 10 und 11);
- der Anteil der Jungen, die sich selbst dezidiert rechts von der "politischen Mitte" einschätzen, ist im Osten größer als im Westen (t-Test: $p < .03$); für die Selbsteinschätzung der politischen Orientierung der Mädchen ergibt sich kein signifikanter Unterschied.

Zur Frage der statistischen Analyse des Zusammenhangs zwischen politischer Orientierung auf der einen und Einstellungen zur Bundeswehr auf der anderen Seite ist die Selbsteinschätzung zwar als Basisinformation sehr sinnvoll, jedoch zur präziseren Operationalisierung von politischer Orientierung nicht hinreichend. Dafür sind zwei Gründe maßgeblich: ein pragmatischer und ein theoretischer. Der pragmatische besteht darin, daß die Skala mit 11 Punktwerten zwar für Korrelationen verwendbar wäre, sie sich aber nicht für Gruppenbildungen eignet. Freilich ließe sich dieser Nachteil durch einfache Zusammenfassung von Punktwertgruppen beseitigen, so z.B. durch Klassifikation der Punktwerte in "links" (=1 bis 4), "mitte" (=5 bis 7) und "rechts" (=8 bis 11). Dies würde allerdings das theoretische Problem nicht

beseitigen, das sich aus der Formulierung der "Endpunkte" der Einschätzungsskala durch "eher links" bzw. "eher rechts" ergibt. Der Abstand von der Mitte (=6) suggeriert zwar zunehmend extremere Positionen, die Begriffe "eher links" und "eher rechts" verweisen aber, formal gesehen, mehr auf moderate Abweichungen denn auf extreme Positionen. Es geht jedoch in der vorliegenden Untersuchung auch und gerade um diese extremen Positionen. Um jene in die Operationalisierung von politischer Orientierung einzubeziehen, wurde als zusätzliche Information die Position der Befragten zu rechtsextremen bzw. linksextremen politischen Gruppierungen ("Neonazis" bzw. "Kommunisten") herangezogen:

- als dezidiert links ("**LINKS!**") wurden jene Befragten klassifiziert, die sich selbst links von der Mitte eingestuft haben (Punktwerte 1 bis 4) **und** die hinsichtlich der politischen Gruppierung der Kommunisten entweder die Antwortvorgabe "rechne mich selbst dazu" oder "gehöre nicht dazu, finde die Gruppe aber ganz gut" angekreuzt haben;

- als "**links**" wurden jene Befragten eingestuft, die sich links von der Mitte eingestuft haben, aber weder gegenüber den Kommunisten noch gegenüber den Neonazis Sympathie äußerten;

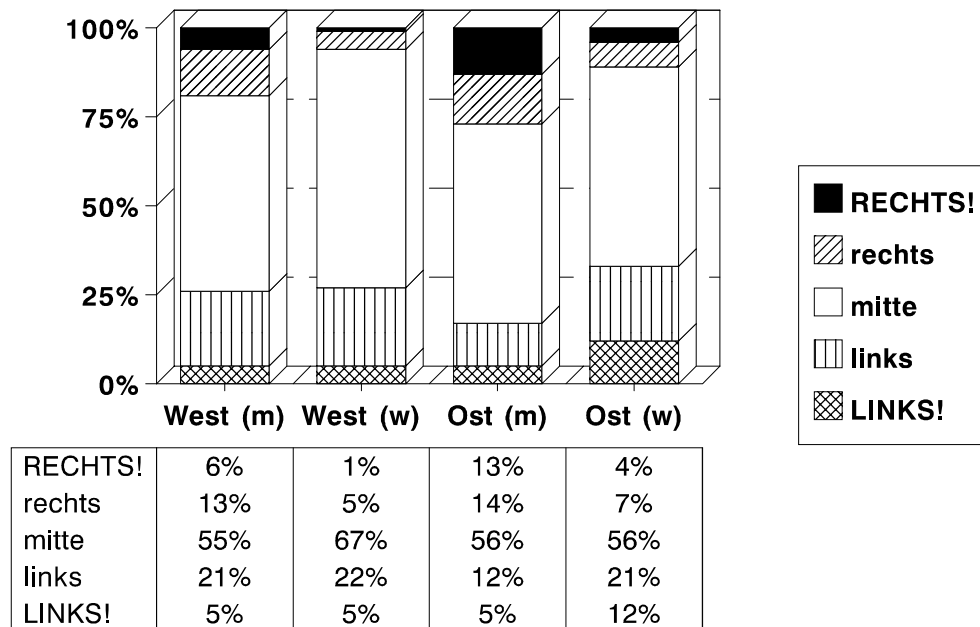
- mit "**mitte**" wird die politische Orientierung der Befragten bezeichnet, die bei der Selbsteinschätzung die Punkte 5, 6 oder 7 angekreuzt haben und gegenüber beiden extremen politischen Gruppierungen keine Sympathie erkennen ließen;

- als "**rechts**" wurden jene Befragten bezeichnet, die sich rechts von der Mitte eingestuft haben, aber weder gegenüber den Neonazis noch gegenüber den Kommunisten Sympathie bekundeten;

- und schließlich wurden als dezidiert rechts ("**RECHTS!**") jene Befragten eingeordnet, die sich selbst rechts von der Mitte eingestuft haben (Punktwerte 8 bis 11) **und** die gegenüber den Neonazis die Positionen "rechne mich selbst dazu" oder "gehöre nicht dazu, finde die Gruppe aber ganz gut" durch entsprechendes Ankreuzen ausgedrückt haben.

Die Größenordnungen der fünf Orientierungsgruppen zeigt Abbildung 3 für die vier Befragtengruppen (1) Jungen-West, (2) Mädchen-West, (3) Jungen-Ost und (4) Mädchen-Ost.

Abbildung 3: Geschlecht (m = männlich, w = weiblich) und Wohnort (ABL = alte, NBL = neue Bundesländer) der Befragten nach politischer Orientierung (Ende 1992)



Befragte = 792

Zusammenfassend ist der Darstellung folgendes zu entnehmen: rechtsextreme Einstellungen und rechtsaffine Orientierungen finden sich insgesamt bei Jungen erheblich häufiger als bei Mädchen, am deutlichsten bei den Jungen in den neuen Bundesländern. Ca. 6% der Jungen im Westen Deutschlands stufen sich selbst als rechtsextrem ein ("gehöre zu den Neonazis" oder "finde die gut"), im Osten ist die Gruppe etwa doppelt so groß. In beiden Teilen der Republik sehen sich jeweils etwa 13% als "rechts von der Mitte" stehend. Affinität zum Extremismus von "rechts" ist ein "männliches" Phänomen, das derzeit entschieden häufiger in den neuen Bundesländern auftritt.

4 Zum Zusammenhang von politischer Orientierung der Befragten und deren Einstellung zu Bundeswehr, Wehrdienst und Zivildienst

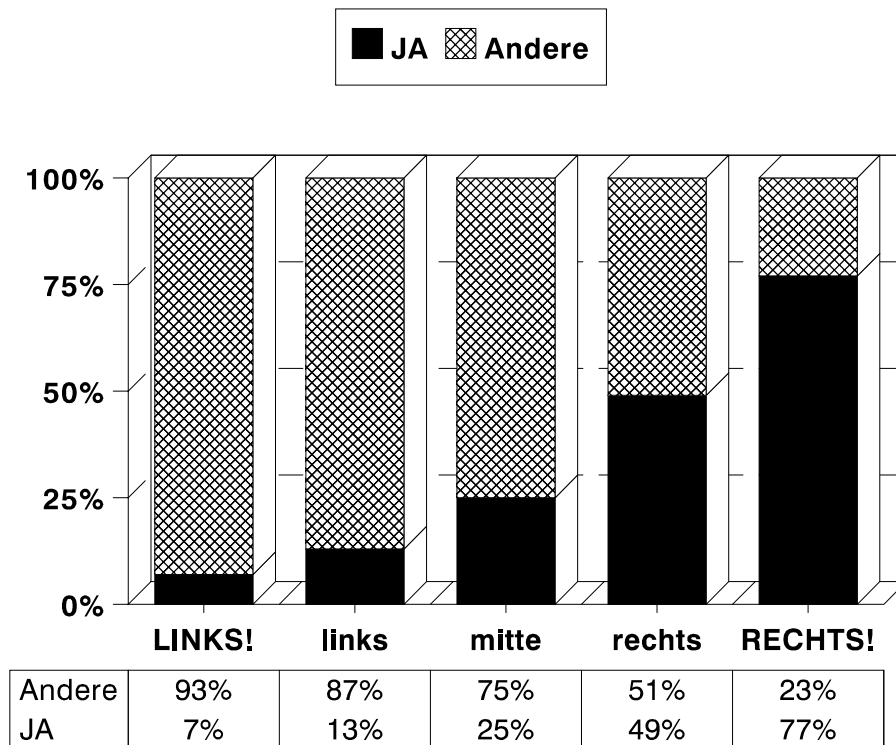
In der Untersuchung wurden zu diesem Themenfeld eine Reihe von Fragen gestellt bzw. Aussagen zur Beurteilung/Einschätzung vorgegeben. Nachfolgend werden die Befunde thematisch geordnet wiedergegeben.

4.1 Persönliche Einstellung zur Bundeswehr und politische Orientierung

An alle Befragten wurde folgende Frage (F19) gerichtet: *"Wenn Du nun an die Bundeswehr als die deutschen Streitkräfte denkst, welche Einstellung hast Du persönlich zur Bundeswehr?"*

Die grafische Darstellung verdeutlicht den hochsignifikanten Zusammenhang auf anschauliche Weise: je weiter rechts die Orientierung der Befragten ist, desto positiver, je weiter links, desto negativer werden die deutschen Streitkräfte eingeschätzt. Um die Übersichtlichkeit zu verbessern, werden in Abbildung 4 nur die Anteile positiver Einstellungen ("sehr positiv" plus "positiv") wiedergegeben.

Abbildung 4: Positive Einstellung zur Bundeswehr und politische Orientierung in den alten und neuen Bundesländern



Befragte = 792

Andere = "teils/teils" und "negativ"

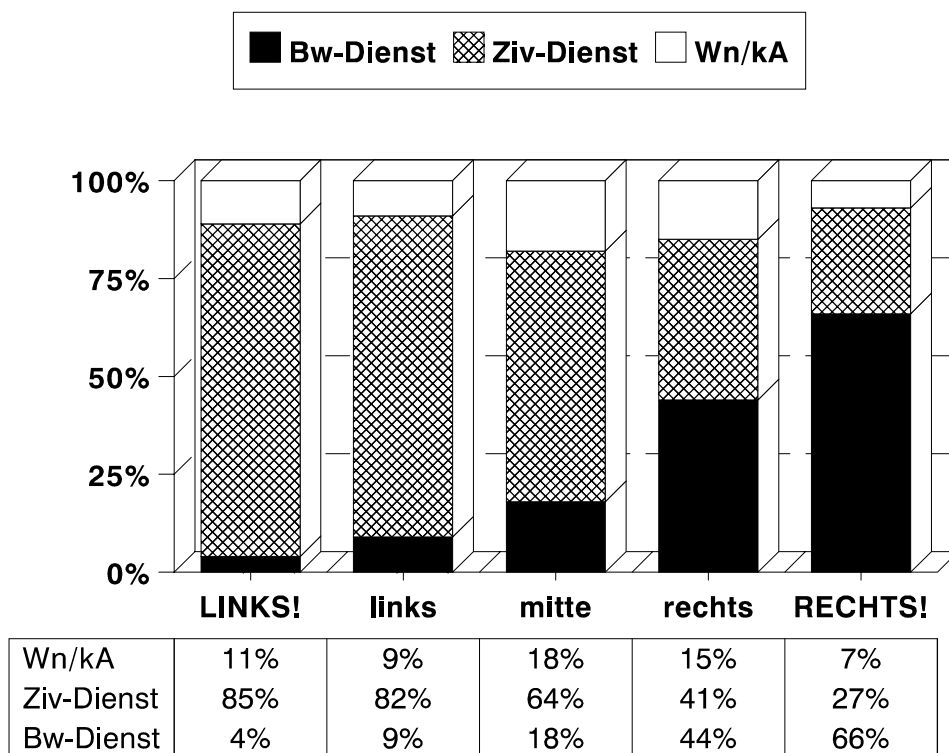
Die Grafik veranschaulicht den klaren Zusammenhang zwischen politischer Orientierung und der Einstellung zur Bundeswehr. Dieser Zusammenhang unterscheidet sich nicht bedeutsam bei den Jugendlichen aus den alten und den neuen Ländern. Zwischen Jungen und Mädchen besteht allerdings ein deutlicher Unterschied: 36% der männlichen, aber nur 17% der weiblichen Heranwachsenden haben eine positive Einstellung zur Bundeswehr.

4.2 Einschätzung der Wichtigkeit von Wehrdienst und Zivildienst für die Gesellschaft und politische Orientierung

Die Beurteilung der relativen Relevanz von Wehrdienst und Gesellschaftsdienst wurde durch folgende Frage erfaßt: *"Welcher Dienst ist Deiner Meinung nach wichtiger für die Gesellschaft: der Dienst bei der Bundeswehr oder der Zivildienst?"*

Die Verteilung der Antworten der Heranwachsenden in Abhängigkeit von ihrer politischen Orientierung zeigt Abbildung 5.

Abbildung 5: Relevanz von Wehrdienst und Zivildienst aus der Sicht der Heranwachsenden



Befragte = 791

Wn/kA = "weiß nicht" und "keine Antwort"

Es ergibt sich wiederum die bereits bekannte Ergebnisstruktur: mit zunehmender Affinität zu politischer Rechtsorientierung wird der Wehrdienst als gesellschaftsrelevanter eingestuft, mit zunehmender Linksorientierung der Zivildienst. Der Zusammenhang zwischen politischer Orientierung und Relevanzeinschätzung ist besonders deutlich bei den jungen Männern ausgeprägt. Bei den jungen Frauen wird zwar auch die Bundeswehr mit zunehmender Rechtsorientierung als relevanter eingestuft, aber der Zusammenhang ist wesentlich weniger deutlich als bei den

männlichen Heranwachsenden (was wohl u.a. eine Folge der insgesamt geringeren Relevanzeinschätzung der Bundeswehr durch die Mädchen sein dürfte).

4.3 Beibehaltung der Wehrpflicht und politische Orientierung

Bezüglich der Frage der Beibehaltung der Wehrpflicht vor dem Hintergrund politischer Forderungen nach einer Freiwilligenarmee wurde den Heranwachsenden folgendes Item vorgelegt: *"Was meinst Du, sollte für die Bundeswehr die allgemeine Wehrpflicht beibehalten werden, oder sollte sie in Zukunft nur noch aus freiwillig dienenden Soldaten bestehen ("Berufsarmee")?"*

Aus den Ergebnissen der Auswertung für alle Befragten wird deutlich, daß der Zusammenhang zwischen genereller politischer Orientierung und sicherheitspolitischer Einstellung in der bereits bekannten Richtung verläuft, wenn auch weniger stringent. Eine Mehrheit für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht findet sich nur bei der Gruppe der dezidiert rechts Orientierten (48%); aber auch hier ist die Gruppe derjenigen, die das Freiwilligensystem bevorzugen würden, mit 43% erheblich. In allen anderen politischen Orientierungsgruppen wird mehrheitlich das Freiwilligensystem bevorzugt. Bemerkenswert ist ferner, daß die Anteile derer, die der Frage gegenüber indifferent sind ("mir egal", "weiß nicht") ziemlich klein ausfallen. Es handelt sich also um eine Frage, die für alle Heranwachsenden, auch für die Mädchen, bedeutsam ist.

Die Unterschiede der Antwortrelationen zwischen den Befragten aus den alten und neuen Bundesländern sind kaum bedeutsam. Klare Unterschiede zwischen den Reaktionsstrukturen von Jungen und Mädchen lassen sich ebenfalls nicht ausmachen.

4.4 Perspektiven zum Wehrdienst als Teil eines allgemeinen Gesellschaftsdiensts und politische Orientierung

Die Distanz zur Wehrpflicht ist in den letzten Jahren gewachsen (vgl. Kuhlmann und Lippert 1991, 1993). Die Diskussion der Frage, ob sich längerfristig die Wehrpflicht beibehalten läßt bzw. ob deren Beibehaltung in der jetzigen Form vor dem Hintergrund des Endes des Ost-West Konflikts und der Aufgabenveränderung der Streitkräfte (z.B. internationale Konfliktregelung, "Blauhelmissionen", Kampfeinsätze unter UN-Kommando usw.) sinnvoll und legitimierbar ist⁸, hat nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen westlichen Demokratien Europas begonnen und wird sich wohl fortsetzen. Eine mögliche, wenngleich (noch) hypothetisch-utopisch anmutende Alternative zum traditionellen Wehrdienst könnte darin bestehen, den Wehrdienst in das System eines allgemeinen Gesellschaftsdiensts als eine Option unter anderen zu integrieren (vgl. dazu z.B. Kohr 1990, 1991a,b; Kohr und Kuhlmann 1991; Kuhlmann und Lippert 1991, 1993; Moskos 1988 zum Konzept des "National Service" in den USA).

⁸ Empirische Befunde hierzu finden sich bei Fleckenstein und Räder (1993) und Kohr (1992)

In der vorliegenden Untersuchung wurde den Heranwachsenden das Konzept eines allgemeinen, für alle obligatorischen, mit Optionen versehenen Gesellschaftsdiensts vorgestellt. Es ging dabei vor allem darum, die Frage genereller gesellschaftlicher Engagementbereitschaft von heranwachsenden Jungen und Mädchen allgemein zu untersuchen und die Frage nach Akzeptanz und Attraktivität des Wehrdiensts in einen breiteren Kontext von gesellschaftlichen Aufgaben zu stellen. Zwar erscheint die den Befragten vorgelegte Formulierung auf den ersten Blick wahrscheinlich sehr hypothetisch, für die jungen Männer ist sie dies im Inhalt aber eigentlich nicht. Denn faktisch können die zum Wehrdienst Heranstehenden wegen des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung entscheiden, ob sie "zum Bund gehen" oder "Zivildienst machen". Der Fragetext entspricht zwar nicht der legalen Konzeption und Konstruktion, in die der Wehrdienst eingebettet ist, nähert sich aber - was den männlichen Teil der Jugend betrifft - der Realitätsinterpretation vieler an.

Den Heranwachsenden wurde folgende Frage vorgelegt: *"Angenommen, es gäbe in Deutschland künftig für alle jungen Männer und Frauen die gesetzliche Pflicht zur Leistung eines 12monatigen Gesellschaftsdienstes, d.h. nach der Ausbildung/Schule, so etwa im Alter zwischen 18 und 20 Jahren, müßten alle Jugendlichen ihren Dienst antreten, wobei er/sie zwischen folgenden Aufgabenbereichen wählen könnte:*

1. Krankenbetreuung
2. Entwicklungshilfe
3. Altenbetreuung
4. Wehrdienst/Verteidigung
5. Behindertenbetreuung
6. Umweltschutz/Beseitigung von Umweltschäden
7. Kinderbetreuung
8. Und was würdest Du selbst noch vorschlagen?

Im "ersten Durchgang" der Liste mit den Optionen zum Gesellschaftsdienst wurden die Befragten mit folgender Formulierung um ihre Meinung gebeten: *"Sag mir bitte bei jedem Dienst, ob Du Dich dafür oder dagegen entscheiden würdest"*. Diese Frage war in erster Linie dazu gedacht, daß sich die Befragten mit den Dienstoptionen vertraut machen. Auf die Darstellung der Ergebnisse hierzu wird aus Platzgründen und zur Redundanzvermeidung verzichtet. Was die Option "Wehrdienst/Verteidigung" angeht, zeigen sich die bereits bekannten Zusammenhänge zwischen politischer Orientierung und Akzeptanz prägnant.

Nach der Frage zur **Akzeptanz** der Dienstoptionen wurden die Befragten gebeten, *den Dienst anzugeben, für den sie sich wohl am ehesten entscheiden könnten*. Über die Akzeptanz hinaus zielt diese Frage in die Richtung von Motivation und **Präferenz**.

Was die Option "Wehrdienst/Verteidigung" betrifft, zeigt sich erneut der klare Zusammenhang zwischen der Affinität für rechte Orientierungsmuster und der Präferenz für den Wehrdienst: nur in den beiden Gruppen mit rechter politischer Orientierung finden sich relative (vgl. Gruppe "rechts" mit 44%) bzw. absolute Mehrheiten (vgl. Gruppe "RECHTS!" mit 61%) für den Wehrdienst, während die Präferenz für Verteidigung unter den Linksorientierten sehr gering ist (etwa vergleichbar mit den

von allen Gruppen am wenigsten präferierten Diensten "Altenbetreuung" und "Behindertenbetreuung").

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist freilich zu berücksichtigen, daß ein sehr deutlicher Zusammenhang zwischen den Dienstoptionen und sozialem männlichem bzw. weiblichem Rollenverständnis besteht. Aus dem Vergleich der Ergebnisse von männlichen und weiblichen Befragten ist klar zu erkennen, daß die Reaktionen auf einige der Dienste von traditionellem Rollenverständnis geprägt sind. So wird z. B. "Kinderbetreuung" von 41% der Mädchen, aber nur von 10% der Jungen genannt. Der Wehrdienst ist ebenfalls mit der männlichen Rolleninterpretation verbunden: 29% der männlichen, aber nur 3% der weiblichen 16-18jährigen würden sich dafür entscheiden (bei gegebener Wahlmöglichkeit für die anderen Dienste). Besonders unbeliebt sind allgemein bei den Jungen wie bei den Mädchen die Betreuung von Alten und von Behinderten. Auffallend ist, daß kein einziger der rechtsorientierten Jugendlichen einen dieser beiden Dienste präferieren würde. Beim Entwicklungshilfedienst unterscheiden sich die Präferenzquoten von Jungen und Mädchen nicht (jeweils ca. 14%). Auch dieser Dienst wird von den Rechtsorientierten häufiger vermieden als von den anderen politischen Orientierungsgruppen. Gleiches gilt für "Umweltschutz/Beseitigung von Umweltschäden". Eine Präferenzzunahme von "links" nach "rechts" gibt es lediglich für "Wehrdienst/Verteidigung", hier besonders stark ausgeprägt bei männlichen 16-18jährigen.

Den Heranwachsenden wurde im Anschluß an die Präferenzfrage auch die Frage danach gestellt, *welchen der Dienste sie am ehesten ablehnen würden*. Da die Ergebnisse bezüglich der Ablehnung von Dienstoptionen quasi spiegelbildlich zu denen sind, die bereits im Zusammenhang mit der Präferenz vorgestellt wurden, kann hier auf Einzelheiten verzichtet werden.

5 Abschließende Anmerkungen

Es handelt sich um eine erste Zusammenstellung der Ergebnisse zum Thema "Politische Orientierungen" und "Bundeswehr/Verteidigung". Die Befragung enthält umfangreiches weiteres Material, daß die in der Zusammenfassung vorgestellten Aussagen untermauert bzw. detailliert.

Bei der Interpretation ist vor allem zu beachten, daß die Oststichprobe im Hinblick auf die 16-18jährigen in der Gesamtbevölkerung disproportional ist. Bei Schätzungen von Größenordnungen (Prozentanteilen etc.) ist also Vorsicht geboten. Hier wären Gewichtungen erforderlich, wenn möglichst genaue Schätzungen gewünscht würden. Für die wissenschaftliche Analyse der Zusammenhänge (und um diese geht es in erster Linie) ist dieses Problem nur von marginaler Bedeutung.

Der Zeitdruck hat es nicht möglich gemacht, sich explizit auf die umfangreiche Literatur zum Problemfeld des Rechtsextremismus zu beziehen; dies wird in einer überarbeiteten Version dieses Papiers nachgeholt werden.

6 Zusammenfassung

1) Rechtsextreme Einstellungen und *Rechtsorientierung* finden sich insgesamt *bei Jungen erheblich häufiger als bei Mädchen*, am deutlichsten bei den Jungen in den neuen Bundesländern. Ca. 6% der Jungen im Westen Deutschlands stufen sich selbst als rechtsextrem ein ("gehöre zu den Neonazis" oder "finde die gut"), im Osten ist die Gruppe etwa doppelt so groß. In beiden Teilen der Republik sehen sich jeweils etwa 13% als "rechts von der Mitte" stehend. *Affinität zum Extremismus von "rechts" ist unter Heranwachsenden (16-18jährigen) ein "männliches" Phänomen, das derzeit entschieden häufiger in den neuen Bundesländern auftritt.* Politisch rechte Orientierung ist verbunden mit einer besonders ausgeprägten Fremdenfeindlichkeit (aus Platzgründen konnten die in der Befragung enthaltenen Ergebnisse dazu hier nicht vorgestellt werden). Gekoppelt ist diese feindselige Haltung mit paranoid anmutenden Ängsten vor Ausländern, insbesondere vor denen, deren mutmaßliche Herkunft man an der Hautfarbe zu erkennen glaubt.

Ferner zeigt sich im Syndrom der rechtsextremen Orientierung der Haß auf "die da oben", insbesondere auf die Politiker. Nazionalsozialistische Ideologie, nicht etwa nur Protest und Lust an Randale, kennzeichnet - so zeigte die Gruppendiskussion - die 16-18jährigen Rechtsextremisten.

Die Ergebnisse bestätigen klar den Zusammenhang zwischen politischer *Rechtsorientierung und der Affinität von Heranwachsenden (16-18jährigen) zur Bundeswehr*. Der Wehrdienst wird noch immer sehr deutlich mit der männlichen sozialen Rolle verbunden. Nahezu alle Mädchen/jungen Frauen lehnen als Option eines allgemeinen Gesellschaftsdiensts für sich den Dienst bei der Bundeswehr ab. Bevorzugt werden die nach traditionellem Rollenverständnis "weiblichen" Dienste (Sozialdienste). Die Präferenz- wie auch die Ablehnungsstrukturen im Hinblick auf den Wehrdienst wie auch andere Sozial- bzw. Gesellschaftsdienste sind bei den Heranwachsenden aus den alten und neuen Bundesländern ziemlich gleich. Die unterschiedliche Sozialisation scheint in der Altersgruppe der 16-18jährigen in dieser Hinsicht keine wesentlich verschiedene Funktion gehabt zu haben.

- 2) Es zeigt sich ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Einstellung zu Bundeswehr und Wehrdienst auf der einen und der politischen Orientierung auf der anderen Seite. *Je weiter "rechts" sich die Jugendlichen einstufen, desto klarer befürworten sie Bundeswehr und Wehrdienst, je weiter "links", desto ablehnender ist die Position.*
- 3) Eine eindeutige Mehrheit für den freiwilligen Dienst in der Bundeswehr bei der Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Dienstoptionen findet sich nur unter jungen Männern mit rechtsextremer Einstellung.
- 4) Die Daten verweisen auf die Gefahr, daß die Bundeswehr zunehmend für junge Männer attraktiv ist, die den demokratischen Prinzipien und Werten kaum oder gar nicht verbunden sind. Da faktisch eine Situation besteht, die auch für Wehrpflichtige die Wahlfreiheit ("Zum Bund" oder "Zivi") eröffnet, ist damit zu rechnen, daß auch die anstehenden Wehrpflichtigen ein höchst problematisches Potential in die Bundeswehr tragen werden.

Besonders gefährlich erscheint die Entwicklung auch deshalb, weil die Bereitschaft zur Akzeptanz von Gewalt gegenüber Personen und Sachen unter den dezidiert Rechtsorientierten sehr viel häufiger auftritt als unter Heranwachsenden, die sich zur politischen Mitte rechnen bzw. als "links" einstufen. Die Gruppendiskussion mit jungen Rechtsextremen hat gezeigt, daß diese sich von der Bundeswehr zwar angezogen fühlen, daß ihnen aber die Führung bei weitem zu wenig autoritär, zu "lasch" erscheint. Sie wollen u.a. in die Bundeswehr, um dies zu ändern.

7 Bewertung der Ergebnisse

- 1) Die Bundeswehr steht vor dem Problem, daß sie in erster Linie für jene jungen Männer attraktiv ist, die man summarisch als "Modernitätsverlierer" charakterisieren könnte. Das sind Jugendliche aus sozialen Milieus und/oder Bildungsmilieus, in denen sich Gefühle des "Abgehängtseins" sowie der relativen Wertlosigkeit und der Minderwertigkeit in Aggressionen "gegen die da oben" und gegen die vermeintlichen Nutznießer des sozialen Rechtsstaats gewendet haben. Diese werden zur Zeit vor allem in den "Asylanten" gesehen und gelten - zusammen mit den "Linken" und den "Juden" - als die Hauptschuldigen für die eigene Misere. Sie zu bekämpfen und als Problem zu beseitigen, gilt dann für die Rechtsorientierten jungen Männer konsequenterweise als "gerechtfertigt", ja sogar als notwendige Aufgabe. Weil "die da oben" aus der Sicht der jungen Rechtsorientierten versagen, muß zur "Selbsthilfe" gegriffen werden, deren grausame Erscheinungsformen bekannt sind.

- 2) Unter Verkennung der Aufgaben, der Prinzipien und der Führung moderner Streitkräfte konstruieren die jungen Rechten im Rückgriff auf die Vergangenheit ("Nationalsozialismus") eine Analogie zwischen ihren eigenen autoritären Strukturen und denen der Bundeswehr. Hier sehen sie ihre eigenen Wertvorstellungen noch am ehesten als realisierbar an, wenn ihnen auch die Bundeswehr als zu "lasch" erscheint. Diesen Fehler glauben sie aber dadurch ändern zu können, daß sie Autorität und Führung im traditionalistischen Sinne einfordern und durchsetzen.

- 3) Wegen der faktisch in beträchtlichem Ausmaß gegebenen Entscheidungsmöglichkeit zwischen Wehrdienst und Zivildienst wird die Bundeswehr damit rechnen müssen, daß rechtsorientierte "Modernitätsverlierer" unter den Wehrpflichtigen erheblich überrepräsentiert sein werden (und dies wird für die Wehrpflichtigen aus den neuen Bundesländern noch wesentlich deutlicher sein, als für die Wehrpflichtigen aus den alten Bundesländern). In diesem Sinne ist die Bundeswehr selbst, ohne dies zu wollen und dafür verantwortlich zu sein, Teil des Problems.
 Das Problem der Attraktivität für die "Modernitätsverlierer" stellt sich aber nicht nur für die Wehrpflichtigen, sondern auch und gerade für die Freiwilligen. Im Hinblick auf die Frage des eventuellen Übergangs zum Freiwilligensystem wird man hier unter politischer Perspektive besondere Umsicht walten lassen müssen.

- 4) Die jungen Rechtsextremen gewinnen ihre Stärke und Schlagkraft in der Gruppe. Als einzelne sind sie, was gewaltsame Durchsetzungsversuche angeht, kaum handlungsfähig. Erst die Gruppe der Gleichgesinnten gibt ihnen Kraft und Identität. Aus diesen Zusammenhängen folgt für die Führung der Bundeswehr dringlich die Notwendigkeit, im Rahmen der Dienstaufsicht vor allem zu verhindern, daß Gruppen mit homogener Rechtsorientierung entstehen.
 Längerfristig ist aber dafür zu sorgen, daß die Bundeswehr ihre Aufgaben wie auch ihre Präsentation in der Öffentlichkeit so verändert, daß ihre Attraktivität für leistungsorientierte junge Leute zunimmt. Konkret bedeutet dies, daß die Qualifikationsanforderungen, die an den Soldaten zu stellen sind (insbesondere an den Freiwilligen), präzisiert, verständlich gemacht und erhöht werden müssen. Erforderlich ist ein klares Anforderungs- und Leistungsprofil für die Soldaten, insbesondere für

die Zeit- und Berufssoldaten. Hinzukommen müßten Leistungsanreize wie zusätzliche berufliche, zivil vergleichbare Qualifikationsmöglichkeiten, Flexibilisierung von Dienstformen, Karrieremustern und Gehaltsstrukturen. Aus solchen konkreten Veränderungen des Dienstes und der dienstlichen Rahmenbedingungen könnte sich letztlich ein neues Image der Bundeswehr⁹ ergeben, das (insbesondere rechtsorientierte) "Modernitätsverlierer" abschreckt.

8 Literaturhinweise

- Braun, Michael (1985), Rationale Akteure und institutionelle Regelungen in Militärorganisationen. München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Berichte, Heft 39, 164 Seiten
- Fischer, Arthur (1992), Politik und jugendliche Lebenswelt. In Shell Jugendstudie '92, Band 2 (Im Spiegel der Wissenschaften), S. 49-58
- Fleckenstein, Bernhard und Räder, Hans-Georg (1993) Die neue deutsche Sicherheitspolitik im Meinungsbild der Bevölkerung. München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Arbeitspapier Nr. 73
- Gessenharter, Wolfgang, Fröchling, Helmut und Krupp, Burkhard (1978), Rechtsextremismus als normativ-praktisches Forschungsproblem. Eine empirische Analyse der Einstellungen von studierenden Offizieren der Hochschule der Bundeswehr Hamburg sowie von militärischen und zivilen Vergleichsgruppen. Weinheim und Basel: Beltz
- IBM- Jugendstudie '92, Die Selbstbewußte Jugend. Orientierungen und Perspektiven 2 Jahre nach der Vereinigung, herausgegeben vom Institut für Empirische Psychologie. Köln: Bund-Verlag 1992
- Kohr, Heinz-Ulrich (1990), Wehrdienst als Teil eines allgemeinen Gesellschaftsdienstes? Überlegungen und Ergebnisse einer Pilot-Studie zur gesellschaftlichen Engagementbereitschaft von 18-28jährigen. München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Arbeitspapier 42
- Kohr, Heinz-Ulrich (1991a), Der Gemeinschaft verbunden. Allgemeiner Gesellschaftsdienst für Männer und Frauen? Bonn: Information für die Truppe, Zeitschrift für Innere Führung, Heft 2/91, S. 4-21
- Kohr, Heinz-Ulrich (1991b), Öffentliche Meinung, Wertewandel und Sicherheit. München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Arbeitspapier Nr. 50
- Kohr, Heinz-Ulrich (1992), Wertewandel, Sicherheitsverständnis und Sicherungsfunktionen der Bundeswehr. Perspektiven von 16-25jährigen in den alten und neuen Bundesländern im Dezember '90/Juli '91. München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Arbeitspapier Nr. 58¹⁰
- Kohr, Heinz-Ulrich (1993), Die Bundeswehr im rechten Blick. Perspektiven und Argumente junger Rechtsaffiner zu Militär und Sicherheitspolitik. München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Arbeitspapier (in Vorbereitung, voraussichtlich April '93)
- Kohr, Heinz-Ulrich und Kuhlmann, Jürgen (1991), Conscription Forever - Or General Voluntary Civic Service? Some 'Utopian' Perspectives and Theses. Paper for the International Conference "The Armed Forces and Military Service in a Democratic State", Moscow, November 25-28, 1991 (unpublished paper)

⁹ Vgl. dazu auch die Thesen bei Kohr und Lippert 1990a bzw. 1990b sowie Kohr 1991b

¹⁰ liegt auch in einer überarbeiteten englischen Version unter dem Titel "Concepts of Security and Security Functions of the German Armed Forces in Times of Change" vor, publiziert in Philippe Manigart (ed.), The Future of Security in Europe. A Comparative Analysis of European Public Opinion. Brussels: Royal Military School 1992, p. 203-225

- Kohr, Heinz-Ulrich und Lippert, Ekkehard (1990a), Streitkräfte - Gesellschaft - Öffentlichkeit. Funktionswandel in acht Thesen. Bonn: Information für die Truppe, Zeitschrift für Innere Führung, Heft 12/90, S. 66-77
- Kohr, Heinz-Ulrich und Lippert, Ekkehard (1990b), Zum Verhältnis von Militär, Gesellschaft und Öffentlichkeitsarbeit in den 90er Jahren. München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Arbeitspapier Nr. 32
- Kuhlmann, Jürgen und Lippert, Ekkehard (1991), Wehrpflicht ade?- Argumente für und wider die Wehrpflicht in Friedenszeiten. München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Arbeitspapier Nr. 34
- Kuhlmann, Jürgen und Lippert, Ekkehard (1993), Armee ohne Marschzahl? Zur Entwicklung und Zukunft der Bundeswehr. München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Arbeitspapier Nr. 72
- Kühnel, Wolfgang (1992), Orientierungen im politischen Handlungsraum. In Shell Jugendstudie '92, Band 2 (Im Spiegel der Wissenschaften), S. 59-72
- Lippert, Ekkehard (1985), Die kleine Kampfgemeinschaft in der Grauzone. München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Berichte, Heft 39, 16 Seiten
- Ministerium für Nationale Verteidigung (Hrsg.), Rechtsradikale Erscheinungen in der DDR, ihre Ursachen und Konsequenzen. Informationen 2/90, Strausberg 1990 (14 Seiten)
- Moskos, Charles (1988), A Call to Civic Service. National Service for Country and Community, New York
- Oesterreich, Detlef (1993), Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Zum Stellenwert psychischer Faktoren für politische Einstellung. Eine empirische Untersuchung in Ost und West. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Manuskript (243 Seiten), Buchpublikation im Frühjahr 1993
- Shell Jugendstudie '92: Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland, 4 Bände, herausgegeben vom Jugendwerk der Deutschen Shell. Opladen: Leske + Budrich 1992

Dr. Heinz-Ulrich Kohr, Dipl.-Psych., Wissenschaftlicher Direktor im
Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr (SOWI)